

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 9

Artikel: Portugal, Afrika und NATO
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141789>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Chateaubriand

Chateaubriand, auch einer, der sich gegen ein Establishment, gegen die vorrevolutionäre Gesellschaft Frankreichs auflehnte, schrieb nachstehende Zeilen in seinen «Mémoires». Die werden im «Handbook of Asia» (Penguin Reference Books 1966) im Hinblick auf die heutige Situation Asiens zitiert.

Kann ein politisches System Bestand haben, in welchem einige Individuen so viele Millionen im Jahr verdienen, während andere Individuen Hungers sterben, nachdem die Religion mit ihren Hoffnungen auf eine Welt nach dem Tode, die diese Opfer verständlich zu machen sucht, nicht mehr existiert? Es gibt Kinder, die die Mütter an ihren verwelkten Brüsten zu nähren versuchen aus Mangel an einem Bissen Brot für ihre sterbenden Kinder: es gibt Familien, deren Mitglieder sich nachts zusammendrängen müssen, da sie keine Decken besitzen, um sich warm zu halten.

Wenn einmal die Schulung die unteren Klassen erreicht, entdecken sie nach und nach den geheimnisvollen Krebsschaden, der an der gottlosen sozialen Ordnung zehrt. Das extreme Missverhältnis der Lebensbedingungen und Schicksale konnte man ertragen, solange es versteckt blieb: aber sobald dieses Missverhältnis allgemein bekannt wurde, erhielt die alte Ordnung den Todesstoss. Versuche doch den Armen, wenn er einmal lesen gelernt und zu glauben aufgehört hat, wenn er einmal so gut informiert ist wie du selbst, versuche ihn zu überzeugen, dass er sich jeder Art von Entbehrung unterziehen muss, während sein Nachbar tausendmal mehr besitzt, als der Arme bedarf. Du würdest den Armen schliesslich töten müssen.

Portugal, Afrika und NATO

Basil Davidson, den unsere Leser seit langem als Afrikaspezialisten kennen, weist in einem Artikel unter diesem Titel im Wochenblatt «West Africa» (1. August 1970) auf die Vorteile hin, die Portugal seit 1949 aus seiner Mitgliedschaft bei der NATO gezogen hat, Hilfe und Vorteile, die es vor allem im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen seiner «überseeischen Provinzen» in Afrika einsetzt. Ein holländischer Bericht, von Basil Davidson zitiert, der sich fast ausschliesslich auf offizielle NATO-Quellen stützt*, geht so weit, zu erklären:

«Portugal hat seine Kolonialkriege seit Jahren weiterführen können dank der Unterstützung, die es von seinen NATO-Partnern erhält.»

* Portugal und NATO, von S. J. Bosgra und Chr. van Krimpen, Angola Committee, Klarenburg 253, Amsterdam, 3 shillings.

Bekanntlich beteuern die NATO-Mächte immer wieder treuherzig, sie hätten mit Portugals Kolonialkriegen gegen Angola, Guinea-Bissau und Mozambique rein nichts zu tun. Und viele wohlmeinende Leute in Europa und Nordamerika glauben ihnen sogar. Nur in Portugal und in den erwähnten «überseeischen Provinzen» nimmt man sich nicht einmal die Mühe, solche Illusionen aufrechtzuerhalten. Unanfechtbare Quellen, wie «Flight International», stellen darin auch ihrerseits fest, dass zum Beispiel 1966 Flugzeuge in einer Anzahl von 40 Stück vom NATO-Partner Bundesrepublik Deutschland für 10 Millionen Dollar an Portugal verkauft wurden. Diese Flugzeuge, die von sehr kurzem Rollweg starten können und sich darum besonders für den Kampf gegen aufrührerische Gebiete der Dritten Welt eignen, werfen heute ihre Bomben und Napalmkanister mit dem Segen der NATO auf portugiesische Kolonien ab. Doch sind die Deutschen nicht die einzigen Sünder auf diesem Gebiet. Die erwähnten Flugzeuge wurden unter italienischer Lizenz in Deutschland gebaut, doch Bestandteile davon stammten aus Frankreich und Holland. Dazu kommt ein ganzes weiteres Arsenal von Helikoptern, Bombern, leichten Kriegsschiffen, Waffen und Munition, die die NATO-Partner in holder Eintracht an Portugal liefern, so dass man füglich sagen darf: Portugals Kolonialkriege sind NATO-Kolonialkriege.

Welches sind die Gründe für ein Mitmachen der NATO bei diesem rein imperialistischen Spiel. Es dürften nach Basil Davidson hauptsächlich in Frage kommen: Profite der Rüstungsfirmen und strategische Gründe und Überlegungen der grössten NATO-Macht USA.

Dazu äussern sich, von Basil Davidson zitiert, zwei Amerikaner**, von denen der eine *Dr. David Abshire*, als Erster Sekretär des Center for Strategic Studies, Washington, D.C., vorgestellt wird. Sie betonen die besondere Wichtigkeit der portugiesischen Territorien für den Schutz der Seewege von Europa nach Afrika und Nordamerika (Azoren), was heute um so mehr zählt, als die Ibero-Atlantische Kommandostelle nach dem Ausscheiden Frankreichs (1965) nach Sintra in Portugal verlegt wurde. Was die portugiesischen Kolonien angeht, stellen die erwähnten amerikanischen Gewährsleute fest, «dass Guinea-Bissau vor allem der vorgelagerten Cape-Verde-Inseln wegen von strategischer Bedeutung sei», während Sao Tomé (man erinnert sich an die Hilfsflüge der Missionen im Nigeria-Krieg) sich als geeignet für Transporte ins Innere Afrikas eigne. «Angola dient als Tor zu den mineralreichsten Gebieten Afrikas.» Beide, Angola und Mozambique, bieten den strategischen Flankenschutz für Südafrika, das reichste und mächtigste Land Afrikas und zugleich das Gebiet, das am empfindlichsten auf die Politik der USA und Grossbritanniens reagiert. Das-selbe gilt vice versa.

Was als Argument für den Status quo immer wieder von Salazars

** Portuguese Africa: A Handbook, Pall Mall Press, London, 90 shillings, Praegers, New York.

oder jetzt von Gaetanos Regime wie von den Führern der südafrikanischen Regierung vorgetragen wird, ist dies: Man kann sich nicht darauf verlassen, dass die Afrikaner nicht eines Tages die Drahtpuppen der kommunistischen Mächte werden. Sollte Amerika einst in Konflikt mit einer pazifischen kommunistischen Grossmacht geraten, so müssten die Luft- und Flotten-Stützpunkte, die zum Beispiel Mozambique bietet, von ausschlaggebender Bedeutung werden.

Von den Afrikanern ist im Buch der beiden US-Experten kaum die Rede, vor allem die Stellen über die Befreiungsbewegungen des Erdeils verraten tiefste Unwissenheit und Interesselosigkeit der Autoren, was dieses Thema angeht. Es gibt heute allerdings Kreise in den USA, die für das Unabhängigkeitsstreben in Afrika ein wachsendes Interesse bezeugen, wie eine *Bibliographie der Stanford-Universität* beweist***. Es geht daraus hervor, dass man sich auch in den USA heute durchaus über die Befreiungsbewegungen informieren kann und über ihre Ziele nicht im Zweifel zu sein braucht.

Nachtrag

Und nun erscheint, gewissermassen als Bestätigung des Berichtes von Basil Davidson, die «*UNO-Resolution gegen Portugal*» («*NZZ*», Nr. 384).

New York, 19. Aug. AFP. «Das Entkolonialisierungskomitee der Vereinten Nationen hat am Dienstag (18. August 1970) mit 14 gegen 2 Stimmen (USA und Grossbritannien) und 2 Enthaltungen (Italien und Norwegen) eine Resolution angenommen, in der die Mitgliedstaaten der NATO aufgefordert werden, der portugiesischen Regierung keine militärische Hilfe mehr zu gewähren. Die Resolution war von Afghanistan, Äthiopien, Indien, dem Irak, Madagaskar, Mali, Tansania, Sierra Leone, Tunesien und Jugoslawien eingebracht worden. Portugal wird ferner aufgefordert, sämtliche „Repressionsakte“ und Militäroperationen in Angola, Mozambique und Portugiesisch-Guinea zu unterlassen, alle Streitkräfte aus diesen Ländern abzuziehen, eine bedingungslose politische Amnestie zu erlassen und sich bei der Behandlung der Kriegsgefangenen an die Genfer Konvention zu halten.»

Diese UNO-Resolution ist zu begrüssen. Leider wird sie die Situation in den «Überseeischen Provinzen» Portugals kaum ändern. Die USA und Grossbritannien, die die Resolution nicht unterzeichneten, halten vorläufig an ihrer imperialistischen Einstellung fest; militärische Stützpunkte im südlichen Afrika, selbst unter faschistischer, aber käuflicher Oberhoheit, bedeuten ihnen mehr als die Unabhängigkeit von Angola und Mozambique. So werden auch die beiden Hauptlieferanten von Waffen an Portugal, die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, weiter die portugiesischen Kolonien unterdrücken helfen.

*** Emerging Nationalism in Portuguese Africa: Hoover Institution on War, Revolution and Peace. Stanford, Cal: 4 dollars paperback.

Auch ein direkter Appell der «FRELIMO» (Befreiungsfront von Mozambique) an *Willy Brandt*, wie ihn die «*Blätter für Deutsche und Internationale Politik*» (August 1970) veröffentlichen, kann sich erst auswirken, wenn in den beteiligten Ländern selbst – in der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel – die Erkenntnis durchbricht, dass «die Freundschaft zwischen dem westdeutschen Volk und den Völkern Afrikas viel mehr wert ist als einige Millionen Mark, die ihnen das Siemens-Geschäft zusätzlich einbringt». (Anspielung auf das Projekt des Cabora-Bassa-Staudamms, das ebenfalls der Herrschaft der Weissen über Südafrika dient. Die Firma Siemens ging auf das Geschäft ein, nachdem eine englische und eine schwedische Gesellschaft sich zurückgezogen hatten.) Bereits ist von kirchlicher Seite ein Appell auch an unsere schweizerische Regierung gerichtet worden, das Projekt nicht zu unterstützen.

Ganz allgemein gesprochen, müssen wir zu einer Rangordnung in der Unterstützung von Unternehmungen gelangen, die nicht allein unser Volk, sondern die Völkergemeinschaft und damit die Sicherung des Friedens betreffen. Diese muss als oberstes Prinzip gelten. Nur so lässt sich mit der Zeit eine Unterbindung des Waffenhandels und anderer, Kriege provozierender Machenschaften durchsetzen. Red.

Cabora Bassa – ein Modellfall westlicher Entwicklungspolitik

Eine Bewegung geht um in Europa, die auf ihre Fahnen das neue Stichwort Cabora Bassa gesetzt hat. In Manchester, Oxford, London, Stockholm, Amsterdam, Heidelberg, Paris, Berlin, Genf, Bern arbeiten seit einiger Zeit militante Gruppen, die sich dem Kampf gegen Cabora Bassa verschrieben haben; in zahllosen weiteren Städten laufen Konsultationen zur Bildung neuer Komitees. Das Staudamm-Projekt von Cabora Bassa beginnt nun auch Kirchenparlamente, Gewerkschaftsgremien und Jugendkreise zu beschäftigen, nachdem sich Monate zuvor UNO-Generalversammlung und afrikanische Ministerkonferenzen damit befasst hatten. Englische und schwedische Firmen mussten auf Druck der öffentlichen Meinung und der Regierung ihre Beteiligung an diesem Projekt in Moçambique streichen, das im Endausbau die zweitgrösste Energieleistung der Welt erbringen soll, denn seine Verwirklichung scheint von geschichtlicher Bedeutung zu sein. Die Zukunft des ganzen südlichen Afrika wird sich nicht unbedeutend am Schicksal dieses Dammes entscheiden. Fünfzehn Jahre zuvor hatte ein anderer Damm in Afrika, nämlich der von Assuan, auch weltpolitische Bedeutung erlangt, als es darum ging, ob dieser in der Hauptsache von westlicher oder von östlicher Seite finanziert werden sollte.